

# ZEIT FÜR EINE REALPOLITISCHE KLIMASCHUTZPOLITIK

Die eingeleitete Zeitenwende infolge der Invasion der Ukraine hat zu einer großflächigen Reevaluierung der deutschen Sicherheits- und Energiepolitik geführt. Neben direkten Auswirkungen der geopolitischen Lage auf die Rohstoffversorgung Deutschlands, und damit einhergehenden Unsicherheiten für die deutsche Wirtschaft, geht es hierbei auch um die mittel- bis langfristige Neuausrichtung der deutschen Grundsatz-Politik. Aufgrund der vielseitigen Auswirkungen von Versorgungslücken, vor allem von Erdgas, und steigenden Energiepreisen, haben sich jetzt wohl auch die Annahmen verändert, die vielen Szenariostudien und Klimapfaden zum Erreichen der Klimaneutralität zugrunde liegen.

**Die derzeitige Krise trifft die Bundesregierung sicherheits-, energie- wie klimapolitisch unvorbereitet, was bedeutet, dass die Auswahl an schnell implementierbaren Maßnahmen äußerst gering ist.** Die nach 2006 und 2014 unzureichend stattgefundenene Reflektion zur Abhängigkeit Deutschlands und Europas von (russischem) Erdgas spiegelt sich auch in den ursprünglichen Plänen der noch neuen Bundesregierung wider. Noch im Koalitionsvertrag und in der Planung des von den Grünen geführten neuen Ministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) spielte Erdgas eine zentrale Rolle und war als ‚Brücke‘ der Energiewende vorgesehen, wodurch es in der Stromversorgung und in der Industrie enorm an Bedeutung gewonnen hätte. Diese ‚Brücke‘ ist zwar nun zusammengebrochen, dennoch hält die Regierung weiter am Ausbau von Gaskraftwerken fest.<sup>1</sup> Auch die Position der Bundesregierung zur Aufnahme von Investitionen in Erdgas als „nachhaltig“ in der EU-Taxonomie ist Sinnbild dieser politisch motivierten, systemischen Abhängigkeit Deutschlands von Erdgas als Energieträger und Rohstoff. Was schon vor Monaten aus Klimaschutz-Sicht, milde ausgedrückt, höchst fragwürdig war, sollte heute kaum mehr politisch tragbar oder wirtschaftlich umsetzbar sein.

Erdgas nimmt im deutschen Energiesystem drei entscheidende Funktionen ein: (i) im Wärmesektor, (ii) als Energieträger und Rohstoff in der Industrie und (iii) in der Stromversorgung. Grundsätzlich stehen vor allem bei Stromversorgung eine Reihe von Alternativen zu Erdgas zur Verfügung, allen voran natürlich erneuerbare Energien. Vor allem aufgrund der Anwendungen im Wärmesektor und in der Industrie wird Erdgas dennoch bis auf weiteres systemrelevant bleiben. Hauptgrund hierfür sind die fehlenden Alternativen, die allesamt vom Ausbau erneuerbarer Energien, dem Netzausbau und von Fortschritten bei der Elektrifizierung (Wärmepumpen, strombasierte Industrieprozesse) abhängen. Der Stromverbrauch müsste insgesamt stark steigen – Größenordnung um den Faktor 3 – und der Anteil der erneuerbaren Stromerzeugung fast 100 Prozent erreichen, wenn man auch im Wärmesektor und im Industriebereich den Erdgasbedarf durch klimaneutrale Elektrifizierung ersetzen wollte.

Infolge der seit Jahren qualvoll schleichenden Energiewende wird derzeit jedoch noch nicht einmal die Dekarbonisierung des jetzigen Strombedarfs bewältigt. Gleichzeitig hat die von der Politik bisher gewollte strategische Ausrichtung auf Erdgas dazu geführt, dass andere ‚Brücken‘ unzureichend oder gar nicht vorbereitet wurden. Eine Realität, die sich auch in der Haltung der Bundesregierung zum Öl- und Gas-Embargo zeigt. Und eine Realität, die vermutlich zunächst zu einer Erhöhung klimaschädlicher Emissionen führen wird, weil unter dem Druck steigender Gaspreise und eventueller Lieferengpässe zum Teil wieder auf die wesentlich emissionsintensivere Kohlenutzung zurückgegriffen werden wird. Diese zusätzlichen Emissionen erhöhen den zukünftigen Bedarf an Entnahme von Kohlendioxid aus der Atmosphäre (negative Emissionen).

Kurzfristig lässt sich an der derzeitigen strategischen Schiefelage kaum etwas ändern. Dennoch gilt es schnell implementierbare Lösungsansätze zu finden, die Abhilfe schaffen, und vor allem weiteren Schaden von der Wirtschaft und dem Klimaschutz abwenden könnten. Gleichzeitig muss die jetzige Situation **der ultimative Weckruf** an die Bundesregierung sein, jetzt Rahmenbedingungen vorzubereiten, die eine realpolitische und möglichst krisenresistente Klimaschutz- und Energiepolitik ermöglichen. Denn wie schnell sich die Annahmen linearer Szenariostudien ändern können, sollte spätestens jetzt Allen klar sein. Ferner erweist sich gerade mit brutaler Klarheit, dass die einseitige Fokussierung auf nur einen möglichen Lösungsweg – auch wenn man ihn aus gutem Grund vielleicht mal als den Optimalen ermittelt hat – zu riskant ist.

Daraus ergeben sich laut unserer Evaluierung eine Reihe an Vorschlägen für die Soforthilfe, insbesondere aber für die mittel- bis langfristige strategische Ausrichtung der deutschen Klima- und Energiepolitik. Dies bedeutet ganz zentral auch die Notwendigkeit einer Aufstockung der entsprechenden Kapazitäten der Bundesregierung, da mehrere Themenbereiche gleichzeitig zu entwickeln sind. Ihre Bearbeitung ist chronologisch oder durch „Hochziehen“ eines besonders beliebten Themas nicht mehr möglich, sondern muss endlich parallel erfolgen.

# WAS NUN UMGESETZT WERDEN MUSS

## // STROMKOSTEN SUBSTANZIELL SENKEN

- **EEG Umlage senken und abschaffen.** Wie von der Bundesregierung geplant und angekündigt sollte die EEG Umlage schnellstmöglich reduziert und abgeschafft werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Senkung der EEG Umlage vollständig an den Endkunden weitergegeben werden muss.
- **Strommarkt im Eilverfahren reformieren und Strompreise von den Preisen fossiler Energieträger entkoppeln.** Derzeit setzt das teuerste Gaskraftwerk am Netz den Strompreis. Somit zieht der steigende Gaspreis den Strompreis mit hoch und bewirkt, dass Investitionen in Elektrifizierung letztlich den gleichen Risiken unterliegen, wie die Gasnutzung. Eine schnelle Veränderung des Strommarktdesigns muss sicherstellen, dass die niedrigeren Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien beim Endkunden ankommen und der Strompreis dadurch gesenkt und stabilisiert wird.
- **Reduzierung oder Abschaffung anderer staatlich indizierter Preisbestandteile beim Strom schnell prüfen.** Diese Befreiungen müssen für alle strombasierten Technologien gelten und allen Stromanwendern zu Gute kommen.

Die Senkung der Stromkosten würde Haushalte und Unternehmen kurzfristig entlasten, sollte aber vor allem als klares Signal und erheblicher Anreiz zur Elektrifizierung, also zum Umrüsten auf Wärmepumpen und Elektroautos, sowie zur Elektrifizierung in den Produktionsprozessen, ausgestaltet werden.

## // ERNEUERBAREN AUSBAUZIELE NATIONAL UND EUROPÄISCH WEITER ERHÖHEN

- **Stromziele für 2030 und 2035 anheben.** Bisherige Erhöhungen der Erneuerbaren-Ausbau-Ziele bewirkten eine Zielsetzung von 80 Prozent erneuerbare Stromerzeugung bis 2030 und nahezu 100 Prozent bis 2035, basierend auf einem Stromverbrauch von um die 700TWh in 2030. Um eine umfassende Elektrifizierung und damit Vermeidung von Gas auch im Wärmesektor und in der Industrie zu erreichen, wird der Strombedarf sich, auch auf Grund strombasierter Energieträger, ca. Verdreifachen – allein zur Klimaneutralität in der chemischen Industrie werden laut Agora Energiewende fast 900TWh erneuerbarer Strom benötigt.<sup>2</sup> Deshalb muss die Bundesregierung von einem Stromverbrauch von ca. 1500 TWh in 2035 ausgehen und diesen Verbrauch zur Basis für die Gestaltung der Ausbaupfade für erneuerbare Energien machen. Occusciatet dolorep elique num ut quamusam facerum doluptat quame etur, sit fuga. Ut mo con prest, arum velibusa quiam, volenimos ut eium fugit aperum eos pro desequi dolore lab in perumquam es ut modisincima volorporecus sinciant molor mosandae maionse ruptas dempore pernam etur reprae voluptas atur, ommod quo

Alternativ, bzw. parallel, müssen klar definierte Importverträge mit EU- und benachbarten Ländern für erneuerbaren Strom abgeschlossen werden, wobei gesichert werden muss, dass der erneuerbare Strom physisch und nicht nur rein bilanziell über Zertifikate in Deutschland verfügbar sein wird.

- **Europäische Ausbauziele von Erneuerbaren ebenso anpassen.** Wie die derzeitige innerdeutsche Diskussion um das 2% Landnutzungsziel zeigt, muss es zu einer pragmatischen Nutzung der regional unterschiedlichen Erneuerbaren Potentiale und damit verbundenen Ausgleichsregelungen kommen. Gleiches muss EU-weit gelten, da nur gemeinschaftlich eine effektive 100%-ige erneuerbare Stromversorgung sichergestellt werden kann.
- **Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft voranbringen.** Die effiziente Nutzung von Rohstoffen und Energie ist die Basis einer erfolgreichen Energiewende. Effizienzmaßnahmen sind essentiell. Dabei ist eine der wichtigsten Effizienzmaßnahmen zum Beispiel die Priorisierung von Direktelektrifizierung wie der Umstellung von Gas/ Ölheizungen zu Wärmepumpen.<sup>3</sup> Auf diese Weise steigt zwar der Stromverbrauch, aber der Energieverbrauch insgesamt sinkt, weil Elektrifizierungsanwendungen einen höheren Wirkungsgrad haben. Weiteres Ziel muss die verbesserte Kreislaufführung von Rohstoffen sein insbesondere durch Erhöhung der Lebens- und Nutzungsdauer, Reparierbarkeit und Wiederverwendbarkeit von Produkten.

## // NETZAUSBAU ENDLICH BESCHLEUNIGEN UND EUROPÄISCHE NETZINFRASTRUKTUR AUSGESTALTEN

- **Rechtsänderungen zur Beschleunigung des Übertragungsnetzausbaus** müssen noch dieses Jahr umgesetzt, sowie der Netzentwicklungsplan schnellstmöglich an die neuen Erneuerbaren-Ausbau-Ziele angepasst werden.
- **Europäisches Stromverbundnetz einheitlich gestalten.** Damit die europäische und damit die deutsche Energiewende gelingt muss es zu einer Strom-Union kommen. Derzeitige Hürden, die den Ausbau des europäischen Verbundnetzes verhindern müssen identifiziert und überwunden werden.

Erneuerbarer Strom ist nur so nützlich, wie das Netz mit dem es verbunden ist. Eine direkte Stromübetragung und –nutzung muss Vorrang zu allen Alternativen haben. Der europäische Verbundnetzausbau wird eine Jahrzehntenaufgabe sein. Dennoch ist sie ein zentraler Bestandteil der heutigen Strategie und damit verbundenen Ausbaupfade, damit mittelfristig die Elektrifizierung durch ausreichend verfügbaren, europaweiten, erneuerbaren Strom gesichert ist.

## // GRÜNEN WASSERSTOFF RICHTIG EINORDNEN

- **Nachhaltigkeitskriterien für grünen Wasserstoff gesetzlich verpflichtend machen.**<sup>41</sup> Da grüner Wasserstoff Produkt eines strombasierten Prozess‘ ist, gilt, dass es nur so CO<sub>2</sub>-arm ist und sein kann, wie der Strom, der zur Produktion verwendet wurde. Daher gilt unter anderem:

### 4.

<sup>3</sup> <https://bellona.org/news/fossil-fuels/gas/2022-03-using-repowerEU-at-its-full-potential-the-role-of-hydrogen-and-direct-electrification-in-displacing-fossil-gas-demand>

<sup>4</sup> <https://network.bellona.org/content/uploads/sites/3/2021/07/Defining-low-carbon-and-renewable-gas.pdf>

- ◇ nur Strom aus zusätzlichen erneuerbaren Energien für die Wasserstoff-Elektrolyse nutzen (Stichwort: Zusätzlichkeit)
  - ◇ mit Atomstrom produzierter Elektrolyse-Wasserstoff nicht als nachhaltig anerkennen
  - ◇ diese und weitere Kriterien müssen sowohl für inländische Produktion als auch für Importe gelten.
- **Wasserstoffnutzung für die Industrie priorisieren** Aufgrund der zu erwartenden Knappheit von nachhaltigem grünem Wasserstoff wird es entscheidend sein, Wasserstoff nur da einzusetzen, wo es den größten klima- und energiepolitischen Mehrwert hat – also in der Industrie. Dies muss politisch festgeschrieben, bei der Fortentwicklung der Wasserstoffstrategie und des rechtlichen Rahmens berücksichtigt werden.
  - **Aus „H2-ready“ muss „H2-now“ werden.** Ein Betreiben von Kraftwerks- oder Industrie-Anlagen mit Erdgas, während man auf eine spätere, nicht genau definierte Verfügbarkeit von Wasserstoff wartet, ist unter den heutigen Gegebenheiten ein Irrweg. Bei der Ausgestaltung von rechtlichen Rahmenbedingungen und insbesondere von eventuellen Fördermechanismen, sollte der sofortige Wasserstoff-Betrieb und die Sicherstellung der Wasserstoff-Verfügbarkeit verpflichtend sein.

## // ALTERNATIVEN SCHAFFEN UND RISIKEN DURCH DIVERSIFIZIERUNG MINIMIEREN

Ohne die Brücke Erdgas steigt die Abhängigkeit von der schnellen Umsetzung eines ehrgeizigen Ausbau von Erneuerbaren, Netzen und Elektrifizierungsanwendungen. Eine damit verbundene Fokussierung der Strom- und Wasserstoffpolitik benötigt sowohl Alternativpfade für nicht-priorisierte Sektoren, als auch Sicherheiten im Falle, dass Ziele gerissen und davon abhängige Maßnahmen nicht umsetzbar werden. Eine Lösungsdiversifizierung zur Minimierung von Risiken ist unabdingbar.

- **Sofortige Erarbeitung einer ganzheitlichen CO<sub>2</sub> Strategie.** Eine einheitliche und differenzierte Carbon Management Strategie auf Bundesebene erarbeiten, die als Basis zur Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Industriedekarbonisierung dient und negative Emissionen vorbereitet.
- **Im Rahmen des Klimaschutzsofortprogramms den Aufbau einer nationalen und grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur auf den Weg bringen.** Hierzu muss in erster Linie die Förderfähigkeit aller Transportoptionen (Pipeline, Schiff, Zug, Lkw) beim Aufbau einer CO<sub>2</sub>-Infrastruktur ermöglicht werden. Um von schon fortgeschrittenen Speicherprojekten in Europe zu profitieren, muss der grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>Transport zur Speicherung durch Ratifizierung des London-Protokolls und bilaterale Verträge geregelt werden. Gleichzeitig sollte der Einstieg in die Nutzung der sicheren CO<sub>2</sub>-Speicher unter der Nordsee in den deutschen Hoheitsgewässern ermöglicht werden und durch bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen mit Nordseeanrainerstaaten der Zugang Deutschlands zu bis zu 10 Prozent der sicheren CO<sub>2</sub>-Speicher unter der Nordsee zugeteilt werden.

- **Einstieg in die Technologien für negative Emissionen ermöglichen** und dazu den regulatorischen Rahmen und ein Förderregime zu schaffen, wobei Emissionsreduktion, negative Emissionen und Erhalt und Wiederaufbau natürlicher Senken als drei separate Zwecke mit jeweils eigenen Zielen verfolgt werden müssen

Eine CO<sub>2</sub>-Infrastruktur ist integraler Bestandteil einer Infrastruktur für Klimaneutralität und notwendige Voraussetzung für eine klimaneutrale Industrie und negativen Emissionen. Technologien zur Abscheidung und permanenten geologischen Speicherung von CO<sub>2</sub> sind zentrale Dekarbonisierungsmaßnahmen in der Industrie und können als sogenannte ‚fail safes‘ agieren. Also als Rückhalt, der in jedem Fall die Dekarbonisierung eines Sektors ermöglicht. Auch bereiten sie die laut IPCC und Koalitionsvertrag ohnehin notwendige Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre beim Überschreiten des CO<sub>2</sub>-Budgets vor.

- **Emissionsarmes Erdgas mittelfristig verpflichtend machen.** In dem Maße, in dem Erdgas weiterhin unverzichtbar bleibt, müssen alternative Möglichkeiten zu seine Beschaffung vorhanden sein. Sich in Planung befindene LNG-Terminals dürfen jedoch keinen Lock-in in emissionsintensive Gasnutzung bedeuten. Sollten die Pläne auch umgesetzt werden muss der durch die neuen Terminals als LNG zu importierende Kohlenstoff auch als CO<sub>2</sub> exportierbar sein. Die Planungen der Terminals müssen daher ergänzt werden, um Export des CO<sub>2</sub> zu ermöglichen, wobei die CO<sub>2</sub>-Kapazitäten mindestens den LNG-Kapazitäten (bezogen auf Kohlenstoffgehalt) entsprechen müssen.

## Bellona Deutschland

Kronenstr. 63  
10117 Berlin

Phone: +49 (0) 151 50 78 97 98

[www.de.bellona.org](http://www.de.bellona.org)  
[deutschland@bellona.org](mailto:deutschland@bellona.org)

**BELLONA**